

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboptionspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mt.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mt., vierteljährlich 4,50 Mt. — Fest- und Versammlungsunterkosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftskosten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämlich in Bochum, Wiemelshäuser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Teleg. Adr.: Altvorstand Bochum.

Die Gewerkschaften in der Kriegszeit.

Eine am 31. Oktober von den freien Gewerkschaften Deutschland vorgenommene Zählung hat Resultate ergeben, die allgemeine Beachtung verdienen.

Die erste Mitglieder-zählung während der Kriegszeit nahmen die freien Gewerkschaften Anfang September vor. Das Zählergebnis konnte wegen der starken Verkehrsbehindern und anderer Kriegsfolgen nur sehr unvollkommen sein. Es war schon überhaupt ein Beweis guter Organisation, dass bereits damals, in den ersten Wochen der aufgeregtesten Kriegszeit, die freien Gewerkschaften eine statistische Aufnahme durchzuführen vermochten, die ein ungefähres Bild von der Lage der berichtenden 47 Centralverbände darbot. Die Zählung vom 31. Oktober verstärkt diesen Eindruck.

Während die Septemberaufnahme den Mitgliederbestand von Ende 1913 (2 519 226) zugrunde legte, ist nun der Mitgliederbestand Mitte 1914 ermittelt worden; er betrug 2 522 643, war also um 8417 höher als am Schluss 1913.

Dennoch konnten am 31. Oktober nur 2 801 829 Mitglieder von der Statistik erfasst werden, da die Kriegsergebnisse vorläufig in Elsaß-Lothringen und in Ostpreußen zerstört auf eine Reihe der dortigen gewerkschaftlichen Ortsgruppen wirkten und außerdem in anderen Landesteilen nicht wenige Ortsgruppen durch die Mobilmachung ihre Leiter und den Zusammensatz verloren, da ein gefüllter Ersatz der einberufenen Funktionäre noch nicht beschafft werden konnte. Von den 11 206 Ortsgruppen (Zählstellen) standen 9432 Berichte ein für durchschnittlich 91,5 Prozent der Mitte 1914 vorhandenen Mitglieder. Die Verbände der Tegularbeiter, Steinseher, Landarbeiter, Friseure, Sattler und Hausangestellten konnten sogar nur über 70,7 bis 79,4 Prozent des damaligen Mitgliederbestandes Auskunft geben.

Der Bergarbeiterverband war in der Lage, über 85,3 Prozent der Mitte 1914 vorhandenen Mitglieder zu berichten. Unsere Zählstellen in Elsaß-Lothringen (Kali- und Eisenbergbau) hat der Krieg so gut wie alle zerstört; im Saargebiet steht das Verbandsleben; an der russischen Grenze (Schlesien) hat die starke Mobilmachung (auch Landsturm) manche Zählstellen völlig, andere fast ganz zur Auflösung gebracht. Wo der neuere Kaltbergbau vorherrscht, haben die umfangreichen Betriebscheinstellungen natürlich auch unsere Zählstellen aufgehoben. In der ersten Kriegsaufregung haben viele Mitglieder geglaubt, mit dem Verband gehe es „nun doch“ zu Ende. Sie klimmerten sich nicht mehr um die Erhaltung der Zählstellen und sind nur mit großer Mühe wieder zu ermitteln. Nicht wenige in Auslande (Österreich-Ungarn, Holland, Italien usw.) beheimatete Mitglieder reisten ab, ohne die Ortsverwaltungen zu benachrichtigen. Die Registrierung dieser Abgänge war um so schwieriger, weil bekanntlich sehr viele Ortsverwaltungen infolge der Mobilmachung neu eingesetzt werden mussten. Diese Neubesetzungen nehmen immer noch ihren Fortgang.

Von den 908 Zählstellen unseres Verbandes haben sich am 31. Oktober 809 mit 86 941 Mitgliedern (85,3 Prozent des Bestandes von Mitte 1914) an der Zählung beteiligt. Danach haben 99 unserer Zählstellen nicht berichtet. Es versteht sich von selbst, dass die Verwaltungen solcher Zählstellen, die unmittelbar von den Kriegsergebnissen betroffen wurden und sich deshalb auflösen mussten, kein Vorwurf treffen kann. An die übrigen muss aber die dringende Forderung gerichtet werden, ihre gewerkschaftliche Pflicht zu tun, damit der Verband nicht mehr Schaden erleidet, als wegen des Krieges leider unabwendbar ist. Wir müssen nun von den Orts- und Bezirksverwaltungen in allen Reihen unbedingt verlangen, dass sie alles daran setzen, um die Mitgliedschaften intakt zu halten und außerdem energisch an die Werbung neuer Mitglieder herangehen, damit die entstandenen Lücken schnell ausgefüllt werden. Es sind noch hunderttausende Bergungsmitglieder nicht gewerkschaftlich organisiert. Also ran an die Mitgliedergewinnung!

Mit Ausnahme von vier Centralverbänden (Bäder, Fleischer, Xylographen und Zibilmusiker) hatten sämtliche Gewerkschaften am 31. Oktober gegen Mitte 1914 (außer den zum Kriegsdienst Einberufenen) einen Mitgliederabgang zu verzeichnen resp. sie konnten von insgesamt 1774 Ortsgruppen keine Berichte erlangen. Bedenkt man, welche gewaltigen Umlösungen der Krieg auch in unserer inländischen Volkswirtschaft durch den Entzug von Millionen Arbeitskräften, durch die Verschiebung großer Arbeiterscharen von einem gewerblichen Beruf in den andern herbeiführte, berücksichtigt man ferner die eingetretene, zunächst gewaltig große Arbeitslosigkeit, dann muss man einsehen, dass sich die freien Gewerkschaften Deutschland weit besser gehalten haben, wie irgend welche andere Arbeiterorganisationen.

Diese erfreuliche Tatsache wird noch besonders kräftig unterstrichen, wenn wir die ungeheure große Belastung und Leistung der freien Gewerkschaften infolge des Krieges näher betrachten.

Anfang September stellte die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands durch Umfrage fest, dass 370 125 Mitglieder dieser Verbände arbeitslos seien und hierfür pro Woche 1 648 120 Mark Arbeitslosenunterstützung gezahlt würden! Keine andere Arbeiterorganisation konnte mit auch nur ähnlich hohen Leistungen für die Allgemeinheit aufwarten. Nun zeigte sich die bessere Organisation und der Nutzen einer Finanzwirtschaft.

Über die gewerkschaftliche Organisation bewährte sich auch in anderer Weise. Als bald nach dem Kriegsausbruch trat unsere Generalkommission mit den zuständigen Regierungsstellen, die Vorstände der einzelnen Verbände traten mit staatlichen und kommunalen Behörden, auch mit Unternehmerverbänden in Besprechungen über die Verminderung der Arbeitslosigkeit ein. Der Erfolg ist nicht ausgeschlossen. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder ist in allgemeinen Jahr

erheblich zurückgegangen, in einzelnen Gewerben (z. B. im Bergbau) ist sogar die Arbeitslosigkeit so gut wie vollständig beseitigt. Ohne die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung wäre dies günstige Resultat nicht so rasch erzielt worden. Das erkennen auch sonst gewerkschaftsfeindliche Personen nun lobend an.

Politisch arbeitslos waren von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften Anfang September, wie gesagt, 370 126, am 31. Oktober 175 500; dazu kamen aber noch 122 545 nur teilweise beschäftigte Mitglieder. Das ist immer noch eine sehr hohe Ziffer, und höchstwahrscheinlich wird die Arbeitslosigkeit wieder zunehmen, wenn nicht vom Reich, von den Staatsregierungen und den Kommunen Schutzvorkehrungen getroffen werden. Entweder Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung aus allgemeinen Fonds!

Welche gemeinnützigen Leistungen die freien Gewerkschaften seit Kriegsbeginn ausgetüftet haben, geht aus folgenden Angaben hervor. Von Anfang August bis zum 31. Oktober haben die freien Gewerkschaften schon ausgezahlt:

12 776 940 Mark an Arbeitslose,
2 935 505 Mark an Kriegerfamilien.

Das sind fast 15% Millionen Mark Ausgaben im Laufe von drei Monaten! Ungeheuer viel Sorge und Kummer ist durch diese brüderliche Liebestätigkeit gemildert worden. Wer will heute noch behaupten, die Gewerkschaften seien keine gemeinnützigen Vereinigungen?

Der Bergarbeiterverband allein hat in der angegebenen Zeit an Arbeitslose und an die Familien der im Kriege befindlichen Mitglieder 448 502 Mark ausgezahlt. Wenn die in diesen Tagen vor sich gehende Auszahlung der zweiten Unterstützungsrate an die Kriegerfamilien vollendet ist, dann hat der Bergarbeiterverband schon nicht viel weniger als eine Million Mark für seine arbeitslosen Mitglieder und für die Kriegerfamilien aufgewendet! Der Verband zahlt außerdem seit dem 16. November wieder die volle Höhe des statutären Krankengeldes und der Arbeitslosenunterstützung. Diese großen Leistungen muss jeder ehrliche Mensch anerkennen. Wir erwarten deshalb, dass alle unsere Mitglieder nicht nur treu zur Verbandsfahne halten, sondern auch durch Gewinnung neuer Mitglieder dafür sorgen, dass der Verband noch leistungsfähiger wird!

Sorgen derart die freien Gewerkschaften in herborragender Weise mit für die möglichste Unterstützung der Notleidenden in der Heimat, so stellen die Gewerkschaftsmitglieder auch ihren Mann zur Verteidigung der vaterländischen Selbständigkeit.

Am Ende September ermittelten die Gewerkschaftsvertreter 589 755 zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder. Am 31. Oktober waren 661 005 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen! Man kann als sicher annehmen, dass mit den (namentlich in den Grenzgebieten vielfach) nicht festzustellenden und den nach dem 31. Oktober einberufenen Gewerkschaftsgenossen sich nun ca. 700 000 Kameraden und Gewerkschaftskollegen im Kriegsfelde befinden. Allein für sich ein gewaltiges Heer! Und doch unsere Gewerkschaften keine schlechten Soldaten sind, das bezeugen eine Menge anerkannter Feldpostbriefe auch von Gewerkschaftsgegnern und ebenso die zahlreichen Auszeichnungen für bewiesene Tapferkeit.

Wir haben nie etwas anderes erwartet und müssten deshalb mit Entschiedenheit der erbitternden Verdächtigung, die freien Gewerkschaften seien „vaterlandslos gesintet“, entschieden entgegentreten. Schon am 31. Oktober taten 26 157 Mitglieder des Bergarbeiterverbandes Kriegsdienst; wer weiß wie viele konnten aus den angegebenen Gründen nicht festgestellt werden! Mittlerweile sind weitere Aushebungen erfolgt, so dass nun wohl sicher 30 000 unserer Verbandsmitglieder im Kriegsfelde stehen!

Wie sie kämpfen, leiden und bluten, davon erzählen die langen Verlustlisten. Hunderte und Tausende und Tausende freier Gewerkschaftlicher Kollegen und Genossen liegen schon in Feindes- und Freundsland begraben. Sie teilen treu bis zum Tode das Schicksal ihrer gewerkschaftlich und politisch andersgearteten Volksgenossen. Mancher von diesen hat das Märchen von den „Landesverräterschen Plänen“ der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, das zuletzt bei den großen Bergarbeiterstreiks 1912 die bekannte ungeliebte Rolle spielt, geglaubt und vielleicht selbst verbreiten helfen. Nun lehrt das gewaltige Völkerregiment, dass auch unsere Kameraden, wie die andern, ihr Blut und Gut hingeben für die Erhaltung der ungeschmälerten staatlichen Selbständigkeit unseres gemeinsamen Vaterlandes! Daraus wird die Lehre gezogen werden müssen, dass es zweifellos gemeinschädlich ist, einen so großen Volksteil — und wahrhaftig nicht den schwächesten, wie die Gewerkschaftsleistungen beweisen — zu „Vaterlandfeinden“ zu stampeln und ihn zu verfolgen. Mancher von denen, die solches anstreiten, sitzt jetzt behaglich weit von Schuss, während Hunderttausende Gewerkschaftsgenossen draußen im Kriegsfelde auch für sie kämpfen. Möge ein gütiges Schicksal unser Vaterland davor bewahren, dass nach dem Völkerregiment vergessen wird, was das Gemeinwohl auch den frei organisierten Arbeitern und ihren großen Leistungen zu danken hat. Weil das Volk in Waffen nun ohne Unterschied der Partei auf den Schlachtfeldern kämpft und blutet, darum wird auch später zur unerschütterlichen Festigung unseres staatlichen Gemeinwesens gegenüber allen äußeren Feinden kein Volksteil mehr als verfolgungswerte „Reichsfeinde“ betrachtet werden dürfen.

Diese welterschütternde Kriegszeit hat schon manche „Werte umgeworfen“, sie muss mit der gemeinschädlichen Mischnach der gewerkschaftlichen Arbeiterleistungen austreiben.

Bergarbeiterlöhne — Wertsteigerung der Lebenshaltung.

Die Bergarbeiterlöhne sind im Nuhrvierer leider auch im dritten Vierteljahr 1914 (Juli, August, September) noch weiter gesunken. Nach der amtlichen Lohnstatistik betrug:

	Gesamtlebenshaltung	Gesamtlohnsumme	Schichtenzahl	Durchschnittslohn pro Arbeiter
3. Viertel 1913	379 591	175 784 865 Mt.	85	5,42 Mt.
4. Viertel 1913	306 768	168 783 505 "	79	5,38 "
1. Viertel 1914	407 512	164 003 886 "	77	5,25 "
2. Viertel 1914	405 188	162 949 076 "	77	5,22 "
3. Viertel 1914	329 128	155 045 990 "	81	5,07 "

Gegen das 3. Viertel 1913 ist danach die Zahl der Gefamtlöhne um 50 468 = 13,8 Prozent, die Gesamtlohnsumme aber um 40 788 875 Mt. = 23,2 Prozent gesunken. Im 3. Viertel 1913 entfiel auf jeden Arbeiter eine Lohnsumme von 463,09 Mt., im 1. Viertel 1913 von 425,35 Mt., im 2. Viertel 1914 von 402,45 Mt., im 3. Viertel 1914 von 401,18 Mt. Die Zahl der Schichten stieg im 3. Viertel 1914 gegen das vorhergehende um 4, die Lohnsumme nur um 8,15 Mt. Um stärkeren wurden durch die Lohnrückgänge die Hauer und Lehrhauer getroffen. Es betrug der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht (in Mark):

	Hauer und Lehrhauer	Sonstige Unter- tagesschichter	Arbeiter	Jugendliche Arbeiter
3. Viertel 1913	0,56	4,58	4,30	1,40
4. Viertel 1913	0,47	4,58	4,40	1,47
1. Viertel 1914	0,25	4,51	4,34	1,48
2. Viertel 1914	0,19	4,62	4,37	1,44
3. Viertel 1914	0,08	4,50	4,34	1,40

Der Durchschnittslohn der Hauer und Lehrhauer (meist Familienväter) ist danach um 48 Pf., der sonstigen Untertagsarbeiter um 8 Pf., der erwachsenen Nebentagsarbeiter um 2 Pf. gesunken. Nur der Durchschnittslohn der Jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren ging nicht zurück. Allerdings ist derselbe auch so niedrig, dass kaum etwas abgezogen werden kann.

Über 110 000 Bergleute sind zum Kriegsdienst eingezogen. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich aber gegen das 2. Viertel 1914 nur um 76 055; es sind dann über 34 000 Arbeiter neu angelegt worden. Bei den Neuangelegten handelt es sich hauptsächlich um ungelernte Arbeiter und es ist erklärlich, wenn infolgedessen da und dort die Leistung ungünstig beeinflusst wurde. Daraus auf einen Rückgang der Leistung in allgemeinen zu schließen, ist nicht angängig. Die Lohnrückgänge sind auch keine Folge geringerer Leistung, sondern meist direkter Abzüge.

Infolge der Lohnrückgänge und der geringeren Schichtenzahl haben die Arbeiter außerordentlich starke Lohnausfälle erlitten. Waren Durchschnittslohn und Schichtenzahl nur auf den gleichen Höhe geblieben wie im 3. Vierteljahr 1913, dann müsste die Gesamtlohnsumme betragen:

4. Viertel 1913: 184 017 216 Mt. statt 168 784 595 Mt.
1. Viertel 1914: 188 714 801 Mt. statt 164 003 886 Mt.
2. Viertel 1914: 187 638 195 Mt. statt 162 949 076 Mt.
3. Viertel 1914: 152 415 866 Mt. statt 135 045 990 Mt.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust betrug mithin:

4. Viertel 1913: 16 253 621 Mt.
1. Viertel 1914: 24 710 915 Mt.
2. Viertel 1914: 24 687 119 Mt.
3. Viertel 1914: 17 360 806 Mt.

Summa: 82 291 551 Mt.

82 291 551 Mt. haben danach die Hauerbergarbeiter durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl seit dem 3. Viertel 1913, also in 12 Monaten, eingebüßt. Dieser Verlust ist um so empfindlicher, weil sich infolge des Krieges die Lebenshaltung gewaltig verteuert hat. Die vom Bundesrat festgesetzten Höchstpreise haben keine Besserung gebracht, weil sie viel zu hoch sind und obendrein noch umgangen werden können. Im national-liberalen „Leipziger Tageblatt“ weist ein Herr B. Claus nach, dass die Getreidehöchstpreise im Vergleich mit den Durchschnittspreisen der Jahre 1911 bis 1913 bei Roggen einen Aufschlag von 46 Mt., bei Weizen von 54 Mt., bei Gerste von 57 Mt. für

Hierbei handelt es sich um Waren, die im Ausland über den heimischen Bedarf hinaus erzeugt zu werden pflegen; für den Verzug des Rohstoffes sind, wie lediglich bei der Herstellung von Palmöl auf die tropischen Länder angewiesen. Aber auch bei dieser Ware bezeichnet sich die die Einführung übersteigende Ausfuhrmenge dem Werte nach in den beiden letzten Jahren auf etwa 30 Millionen Mark. Die Herstellungskosten sind bei den angeführten Gegenständen weitgehend in irgendwie belangreicher Weise gestiegen, und trotzdem sind Preissetzungen bis zu 200 v. H. erzielt oder — richtiger gesagt — erwartet worden."

Während unsere Brüder und Freunde auf den Schlachtfeldern in Ost und West Blut und Leben einbringen und der Krieger sein Lebzeits opfert, um die äußeren Feinde abzuwehren, ist der „innere Feind“, jenes gewissenlose, gemeingefährliche Spekulant- und Ausbeuterum, am Werke, unsere Volksschafft durch zügellose Verteuerung der Lebenshaltung zu schwächen. Naturgemäß haben darunter die wirtschaftlich Schwächsten am meisten zu leiden. Und sie leiden um so mehr, wenn mit dieser Verteuerung der Lebenshaltung eine Kurzung des Lohnneinkommens zusammenfällt. Die Grubenbesitzer hätten es darum als ihre vornehmste nationale Pflicht betrachten müssen, die Löhne wenigstens auf den alten Höhe zu halten. Das ist nicht geschehen, selbst während des Krieges sind die Löhne noch weiter zurückgegangen, obwohl das Kohlensyndikat eine Preiserhöhung von 8 Mt. pro Tonne für dieselben Mengen hat eintreten lassen, die „über den normalen Bedarf hinaus“ von seinen Kunden bestellt werden. Trotzdem besteht nach der „Bergwerkszeitung“ (Nr. 280 vom 28. November) in Bechenbesitzkreisen die Absicht, die Höchstpreise für Kohlen weiter zu erhöhen. Wir lesen Es:

„Es besteht die Absicht, die Höchstpreise für Kohlen um etwa 1½ Mark je Tonne zu erhöhen, für einzelne besonders begehrte Sorten dürfte der Aufschlag noch etwas höher ausfallen. Auf der anderen Seite ist auch, wie uns weiter verriet wird, Meinung für eine geringere Erhöhung der Kohlenspreise vorhanden, die in einem Umfang eintreten dürfte, welcher der Erhöhung der Kohlenspreise entspricht.“

Wollten die Grubenbesitzer auch nur annähernd ähnliche Opfer bringen, wie sie jetzt auch der Krieger bringt, dann müssten sie nicht nur von einer Preiserhöhung absehen, sondern auch die Löhne wenigstens wieder auf die alte Höhe heraufziehen.

Eingabe an das Ministerium des Innern.

Cham bei Senftenberg, den 25. November 1914.
Eingabe betreffend Aufhebung der Sperr- und Versiegung der Beschäftigung russischer Gefangener im Braunkohlenbergbau.

An das Ministerium des Innern in Berlin, Wilhelmstraße 74.

Die gegenwärtige schwere und ernste Zeit, in der das deutsche Volk in seiner Gesamtheit für Heimat und Vaterland große und unerschöpfliche Opfer bringt, wird von den Braunkohlenunternehmern der Lausitz und den anstoßenden Gebieten dazu benutzt, die Sperr- aufrecht zu erhalten und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durchzudrücken.

Die Braunkohlenarbeiter des hiesigen Reviers gehören zu den Arbeitern, die bei einer langen Arbeitszeit von zehn, elf, zwölf und mehr Stunden die Löhne verdienen. Am Abend, in den Fabriken, auf den Stationen u. dergl. werden Stundensätze von 25 bis 34 Pf. bezahlt, selten mehr. Bei der Kohleengewinnung wird fast ununterbrochen von morgens 6 Uhr bis abends 5½ Uhr gearbeitet. Oftmals noch länger. Wollen die Arbeiter etwas verdienen, so werden selbst die kurzen Pausen von je einer halben Stunde noch nicht einmal eingehalten, sondern durch Arbeit ausgefüllt. Das mitgebrachte Essen muss oft im vollen Schmutz während der Arbeit nebenher verzehrt werden. Diese unhalbaren Zustände sind den Herrn aber noch nicht genügend, sondern es werden selbst in der jetzigen Zeit noch Lohnkürzungen vorgenommen.

Auf den Braunkohlenwerken der Gewerkschaft des Eisensteinbergwerks Paul in Trebel (Niederlausitz) ist der Lohn gekürzt und die Arbeitszeit verlängert worden. Dort verdienten die Tagesarbeiter vor Ausbruch des Krieges bei zehnstündiger Schichtzeit einen Lohn von 3,50 Mt., die unterirdischen ehemaligen Bergarbeiter bei achtsständiger Schicht einen solchen von 4,75 Mt. und 5 Mt. Jetzt zahlt man auf diesem Werk den Tagesarbeiter für die offizielle Schicht nur 3 Mt., den ehemaligen Bergarbeiter bei zehnstündiger Schicht nur 3,80 Mt. und 4 Mt.

Die Cons. Grünberger Gruben in Grünberg haben das Ge- ding von 37 Pf. auf 32 Pf. ab 15. November d. J. für den 5. Sektor-Wagen herabgesetzt. Bei Betriebs- und sonstigen Störungen erhielten die Arbeiter stets Lohn zugeschrieben. Auch das ist ihnen jetzt entzogen worden. Beim alten Gedinge war es den Arbeitern nur unter Zuhilfenahme der Pausen möglich, einen Lohn von 3,50 Mt. bis 4 Mt. zu verdienen. Infolge der rigorosen Maßnahmen ist es auf diesem Werk schon zur stundenweiten Einstellung der Arbeit gekommen, weil die Arbeiter dadurch eine Verhandlung mit der Verwaltung erzwingen wollten. Eine Eingabe an die dortige Behörde — den Herrn Bürgermeister — ist bisher unbeantwortet geblieben.

Dergleichen ist auf dem Werk Bischoffsheim I. zur Braunkohlen- und Brilett-Industrie A.-G. gehörig, das Gedinge um einen Pfennig pro Wagen gekürzt worden.

Wie rigoros gegen die Arbeiter vorgegangen wird, zeigt ein Fall auf der Grube Elisabethglück — Neue Senftenberger Kohlenwerke — in Senftenberg. Auf diesem Werk ist das Gedinge am Kohlenbagger von drei Pfennig auf zweieinhalf Pfennig für den Wagen herabgesetzt worden. Der Arbeiter F.... sagte zum Steiger Gummelt: „Sagen Sie es doch dem Direktor, daß wir mit 2½ Pfennig nicht auskommen können; den halben Pfennig muß er wieder zuladen.“ Der Direktor ließ sich den Arbeiter zeigen und sagte zum Steiger: „Schmeiken Sie den Kerl raus!“ Als F.... dann des Mittags, da die Kette nur eine knappe halbe Stunde gestanden hatte, einige Minuten zu spät kam, wurde ihm die Arbeit entzogen.

Für Verleihung eines Eisenbahnwagens Brilett ist das Gedinge auf der Grube Meurostolln — Neue Senftenberger Kohlenwerke — in Senftenberg von 5 Mt. auf 4,50 Mt. herabgesetzt. Eine Zeitlang hat man gar bloß 2,75 Mt. bezahlt.

Ebenso ist auf Grube Maria — zur Ilse gehörend — das Gedinge der Brilettverleiher um 30 Pf. gekürzt worden. Das Personal in den Stellhäusen ist bejähnt. Dieselbe Arbeit, die früher drei Mann verrichteten, wird jetzt von zwei Mann ausgeführt werden.

Das System der Sperr- wird von den Unternehmern auch jetzt in der Kriegszeit aufrecht erhalten. Selbst direkte neue Maßregelungen finden statt. Langjährige erfahrene Bergarbeiter, die Söhne, Brüder und Verwandte im Lande stehen haben, welche tapfer für das Vaterland kämpfen, bleiben weiter geachtet, weil sie Vertrauensposten in der Gewerkschaft bekleiden oder sich sonst die Gnade des Unternehmers zugesprochen haben. Ich erlaube mir auch, in dieser Beziehung einem hohen Ministerium einige Fälle zu unterbreiten:

Schon kurz vor Ausbruch des Krieges wurde auf der Grube Konrad in Groß-Röhrsdorf der Bergarbeiter R.... gemäßgeregelt, daß der Vertrauensmann unserer dortigen Ortsgruppe. Er wurde auch nach Ausbruch des Krieges nicht wieder eingestellt.

Und auch von den anderen umliegenden Werken abgewiesen. Da er dadurch gezwungen wurde, nach Polen abzuwandern, wurde er an seine Stelle als Vertrauensmann der Bergarbeiter R...., welcher zugleich Sicherheitsmann der Grube Konrad ist, gewählt. Am 10. November d. J. fand eine Besprechung der Belegschaftsmitglieder über Berufsfragen statt. Einige Belegschaftsmitglieder führten Klage über die Art der Viehsgabenanmierung aus dem Werk. (Es wird in einem Papptekton ohne jede Kontrolle gesammelt.) R.... sagte auf die Klagen der Mitglieder: „Wenn die Verwaltung den guten Willen hat, läßt sich ein anderes System finden.“ Ich selbst habe den Belegschaftsmitgliedern geraten, den Arbeiteraustausch zu beantragen, über diese Frage zu verhandeln; die Verwaltung würde wohl ebenfalls partikuläres Gesicht haben und das gleiche hinzugeben und könnte auf diese Weise gemeinschaftlich gehandelt werden. Am 14. November d. J. wurde R.... schon gekündigt. Als er am Montag, den 16. November, bei der Verwaltung sprach, da ihm Lohn fehlte, wurde er sofort entlassen. Als Grund gab ihm der Betriebsführer an: „Ich lasse mich nicht schlecht machen; übrigens hatten Sie am Sonntag zwei Mark mehr in der Lohnliste als drauf stand und haben es nicht gemeldet.“ Auf den Einwand des R...., daß er trotzdem doch noch 4 Mt. zu bekommen habe, wurde es zwar angegeben, aber es blieb bei der Entlassung.

Die Grube Am nassen Fleck in Guben sucht in allen Zeiträumen und durch den Arbeitsnachweis in Guben Arbeitnehmer. Die beiden früheren Vertrauensmänner unserer dortigen Ortsgruppe, R.... und R.... — letzterer hat schon 20 Jahre auf dem Werk gearbeitet und wurde Weihnachten 1913 gemäßgeregelt —, fringen um Arbeit an. Sie wurden nicht eingestellt. Selbst die Vermittlung des Arbeiterausschusses der Grube blieb erfolglos.

Der Arbeiter F...., der ebenfalls vor Jahren Vertrauensmann einer Ortsgruppe war und aus diesem Grunde gemäßgeregelt wurde, wurde auf den Werk Weidmannsgrube, Elisabethgrube und Ilse abgewiesen, obwohl man ihm erst den Tag zuvor Arbeit versprochen hatte. Erst jetzt ist es ihm gelungen, auf einem stundenweit entfernt liegenden Werk Arbeit zu finden.

In Neppist wurde der Arbeiter M.... von allen Werken abgewiesen, weil er seinen Sohn in Südtirol genommen und ein Schreiben an den zuständigen Herrn Bergbrevierbeamten gerichtet hatte.

Diese Herren, die derartig gegen ehrliche deutsche Arbeiter vorgehen, behaupten, sie könnten nicht genügend einheimische Arbeiter bekommen. Alle Versuche, solche zu bekommen, seien gescheitert (?)!

Sie haben von einem hohen Ministerium die Genehmigung zur Beschäftigung russischer Kriegsgefangener im wehrpflichtigen Alter von 17 bis 45 Jahren erbeten und auch erhalten. So sind gegenwärtig auf der Grube Anna 54, Bertha 75, Meurostolln 40, Viktoria II 25 und Wilhelminengräber 50 Kriegsgefangene Russen beschäftigt. Dieselben werden nicht nur am Abraum, sondern auch bei der Kohleengewinnung verwandt. (Soeben wird ein weiterer Trupp die Galanterstraße entlang nach den Werken geführt.)

Im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft bitten wir Ew. Exzellenz dringend, die erteilte Genehmigung wieder zurückzuziehen und den Braunkohlenunternehmen aufzugeben, deutsche Arbeiter zu beschäftigen.

Wenn man auch gegen die Beschäftigung von Kriegsgefangenen durch den Staat, sofern nicht die einheimische Bevölkerung verwandt werden kann, wird nichts einwendet, so bringt die Beschäftigung derselben durch die Privatindustrie der Allgemeinheit großen Schaden. Es gibt noch Tausende deutscher Arbeiter, die ohne Arbeit sind und nicht wissen, wovon sie leben sollen. Mit einfadem Frost werden noch weitere Tausende dasselbe Schicksal teilen. Diesen Armuten Lohn und Brod zu geben und somit das deutsche Volk gesund und kräftig zu erhalten, liegt im Interesse des Staates und des gesamten Wirtschaftslebens. Wenn die Unternehmer behaupten, diese Leute hätten die Arbeit bald wieder verlassen, weil sie zu schwer und der Lohn zu gering sei, so mag das richtig sein. Sie müssen die Arbeit wieder aufgeben, weil sie nicht bestehen können. Bei den heutigen Verhältnissen kann kein deutscher Arbeiter mit Stundensätzen von 28 bis 32 Pf. wie sie den Leuten angeboten wurden, leben und einen doppelten Haushalt führen. Der Arbeiter ist bei solchen Löhnen nicht in der Lage, seine vielleicht in der Stadt wohnende Familie zu erhalten und sich hier selbst zu beschäftigen. Auch muß dem deutschen Arbeiter ein anderer Unterkunftsraum geboten werden, als wie sie auf den hiesigen Werken vorhanden und deren Photographien von dem Herrn Landtagsabgeordneten Otto Hue im preußischen Landtag vorliegen. Gerade die erworbene Kulturbörse gibt dem deutschen Volke die Stärke, die wir in diesen Bölkerringen so bitter notwendig haben. Würden die Braunkohlenunternehmer Löhne zahlen, bei denen ein Kulturenken existieren kann, dann würden sie aus dem Heer der Arbeitslosen genügend Arbeiter bekommen. Die Braunkohlenindustrie des hiesigen Reviers wird so viel ab, daß deutsche Arbeiter bezahlt werden können. Die nachstehend verzeichneten Gesellschaften erzielten in den letzten drei Geschäftsjahren folgende Ergebnisse:

	Abreibungen	Neingewinn
Inhaltliche Kohlenwerke	2 660 052 Mt.	2 193 489 Mt.
Braunkohlen- u. Brilett-Industrie	3 750 000	2 664 267
Eintracht	4 490 993	6 855 971
Halleische Pionierschaft	895 025	1 204 796
Ilse	9 529 268	9 161 921
Niedersächsische Kohlenwerke	5 525 956	5 599 201

26 851 294 Mt. 27 679 645 Mt.

In der Zeit, in der die ärme Arbeiterfrau ihr Rechte für das Vaterland opfert, die Arbeiter auf den Arbeitsstätten trotz ihres harten Lohnes freiwillige Sammlungen vornehmen, Tausende Leben und Gesundheit dransen, um die Feinde von den heimatlichen Fluren fernzuhalten, kann man auch von den Braunkohlenunternehmern so viel lieben zum Vaterlande verlangen, daß sie sich mit etwas weniger begnügen und Löhne zahlen, daß es den einheimischen Arbeitern möglich ist zu arbeiten.

Abgesehen von der Tatsache, daß die Unternehmer die Beschäftigung der billigeren russischen Kriegsgefangenen — die selben können täglich für 1,50 Mt. bis 1,80 Mt. Waren den Werkanten entnehmen; etwas Geld ist ihnen verbrochen, wenn der Krieg beendet ist — dazu benützen, die Sperr- aufrecht zu erhalten und die Löhne der einheimischen Arbeiter noch mehr zu drücken, bringt die Beschäftigung derselben auch noch andere Gefahren. Schon sind jetzt die Unfälleziffern nach den Berichten der Herrn Bergbrevierbeamten im hiesigen Revier andauernd gestiegen. In den Bergrevieren Görlitz einschließlich Bözen, Ost- und West-Cottbus, sowie Ost-Halle verunglückten:

Jahr	Jahrsd. der Arbeiter	Gesamtzahl der Unfälle	Auf 1000 Arbeiter
1907	23 154	2127	91,8
1908	25 514	2551	99,9
1909	25 212	2592	102,8
1910	24 329	2447	100,5
1911	24 243	2569	105,9
1912	24 417	2575	103,4
1913	24 143	2755	112,8

Obwohl in den östlichen Revieren noch ein größerer Teil Tiefbaubetriebe sind und somit die natürlichen Unfallgefahren

größer sind als in den Revieren mit fast ausschließlichem Tagebau, so ist die Zahl der Unfälle prozentual in diesen Revieren doch geringer. Auch hier zeigen die Berichte der Herrn Bergbrevierbeamten bei näherer Betrachtung die auffallende Tatsache, daß in den Bergrevieren Bözen-Cottbus und Ost-Halle, obgleich Jahr trocken vorherrschendem Tagebau betrieb eine viel größere

Jahr	Gebiete mit Polen	Bergreviere
1907	80,7	92,8
1908	98,0	101,3
1909	96,9	107,1
1910	98,9	101,8
1911	101,2	109,8
1912	90,6	115,8
1913	100,0	122,8

Tatsache dieses auffälligen Umstandes ist auf die Beschäftigung der vielen auf niedriger Kulturstufe stehenden fremdsprachigen Arbeiter in den Tagebaubetrieben schon vor dem Kriege zurückzuführen, die willig und folgsam waren und sich der Aufrichtung der Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit nicht widersetzen. Durch die Beschäftigung kriegsgefangener Zwangsarbeiter werden diese Gefahren noch vermehrt.

Unter dem Datum des 22. Oktober d. J. habe ich in einer Eingabe dem Oberbefehlshaber in den Märzen, Sr. Exzellenz Herrn Generaloberst von Kessel in Berlin, einen Teil der Beschwerden unterbreitet und um Hilfe gebeten. Eine Besserung ist bis heute nicht eingetreten. Auch ist keine Antwort eingegangen. Vielmehr sind in der Zwischenzeit weitere Beschwerden und neue Maßregelungen erfolgt.

Aus all diesen Gründen heraus bitten wir Ew. Exzellenz nochmals um baldige schnelle Hilfe und geben uns der Hoffnung hin, daß es einem hohen Ministerium gelingt, zu verhindern, daß die gegenwärtige schwere Zeit von den Unternehmern zur weiteren Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses ausgenutzt wird.

Um wohlwollende Berücksichtigung der Eingabe bittend, erläutert ganz ergebenst
Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Ober- und Niedersachsen.

Josef Breitwieg, Bezirksleiter.

Arbeitersekretariate und Rechtsauskunstellen im Deutschen Reich im Jahre 1913.

II.

Neben den 127 Sekretariaten berichteten 232 Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle. 192 = 82,76 Proz. geben allen Auskunftsstellenden monetärliche Auskunft, während 40 = 17,24 Prozent ihre Hilfe von der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation abhängig machen. Die meisten, 210, geben auch schriftliche Auskünfte.

Die Angaben von 21 Auskunftsstellen mehr als 1912 gemacht wurden, kann von einer Zunahme der Auskünfte kaum gesprochen werden; denn es wurden nur 946 = 1,8 Proz. mehr gezählt. 1912 betrug ihre Zahl 51 772, 1913 dagegen 52 18. Schriftsätze wurden 785 = 3,9 Proz. weniger angefertigt, nämlich 1912: 18 748, 1913: 18 013. In höherem Maße tritt der Rückgang der Auskunftsstellen bei den persönlichen Vertretungen in die Erde; hier beträgt er 251 = 25,6 Proz., 1912: 994, 1913: 740 Vert

Neben die Rechtsauskunftsstellen der deutschen Gewerkschaften (Girsch-Dünner) ist ebenfalls zu sagen, daß sie fast nur an Mitglieder Blaufunk geben; ihre Bedeutung ist gering. Von der Statistik sind 60 (1912: 55) erfaßt worden; das sind 5 = 9,1 Prozent mehr. Die Auskünfte nahmen von 58 365 auf 61 966, also um 2601 = 6,2 Proz. zu, die Schriftsätze von 11 185 auf 11 977, demnach um 792 = 7,1 Proz.

Die Privatangestelltenverbände beteiligten sich im vorigen Jahre erstmals mit 28 Auskunftsstellen an der Statistik; jetzt sind es 42 geworden, was einer Zunahme von 19 = 82,6 Proz. entspricht. Auskünfte wurden hier 1912: 58 703, 1913: 62 628 — das sind 8285 oder 6,5 Proz. mehr — gegeben und Schriftsätze 1912: 1819, 1913: 1661 angefertigt, entsprechend 342 = 25,9 Prozent mehr.

Die Rechtsauskunftsstellen der Gelben oder sogenannten wirtschaftsfreudlichen Arbeitvereine sind zum ersten Male in der Statistik gesondert aufgeführt. Es berichteten 28 mit 27 654 Auskünften und 11 778 Schriftsätze.

Die Polnische Berufsvereinigung berichtet über 18 Rechtsauskunftsstellen, die 28 073 Auskünfte erteilten und 16 918 Schriftsätze ausfertigten. Rechtsauskunftsstellen geheimer Vereinigungen wurden 1912 32 gezählt. Hinzugekommen sind 4 = 12,5 Proz. Auskünfte wurden erteilt 1912: 194 292, 1913: 207 733; das sind 12 461 = 6,0 Proz. mehr. Schriftsätze sind 1912: 36 016, 1913: 38 546 hergestellt worden, 1913 also 2580 = 7 Proz. mehr.

Die Rechtsauskunftsstellen von Arbeitgebern sind diesmal mit 18 Auskunftsstellen, 18 905 Auskünften und 5820 Schriftsätzen vertreten. Diese Einrichtungen erstrecken ihre Wirklichkeit nur auf Angehörige bestimmter Betriebe und Werke.

Die Rechtsauskunftsstellen politischer Vereinigungen werden fast ausschließlich von nationalliberalen und fortschrittlichen Parteivereinen unterhalten. Die Statistik für 1913 weist auf: 25 Auskunftsstellen mit 18 611 Auskünften und 8421 Schriftsätzen.

Die gemeindlichen und staatlichen Rechtsauskunftsstellen haben erheblich zugenommen. 1912 berichteten 119, 1913 dagegen 144, das sind 25 = 21 Proz. mehr. Auskünfte wurden 1912: 387 071, 1913: 887 784 oder 50 693 = 15 Proz. mehr erteilt und Schriftsätze 1912: 57 568, 1913: 58 777 oder 1214 = 2,1 Proz. mehr angefertigt.

Die amtliche Statistik bringt ferner noch Angaben über die im Auslande bestehenden Rechtschuleinrichtungen. Ihr Umfang ist aber nur gering, ein Beweis dafür, daß in keinem Lande der Welt so viel wie in Deutschland auf diesem Gebiete geschieht. Hier zeigt sich wieder die Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften, die aus eigener Kraft Vorbildliches geschaffen haben. Von den Behörden und dem Staat haben sie dabei keine Unterstützung gefunden. Nur ein Sekretariat, das in Münsteringen, erhält einen Aufschluß aus Gemeindenmittel. Im Gegenteil sind die gemeindlichen und staatlichen Rechtsauskunftsstellen vielfach nur deshalb begründet worden, um zu verhindern, daß durch die Zinsabrechnung der Einrichtungen der Gewerkschaften diese gestärkt werden. Letztere haben sich das volle Vertrauen der Arbeiter erworben und sie sind am ehesten berufen, der Gesetzgebung neue Wege zu weisen. Der entsetzliche, ungewisse Werte verhinderte Krieg bedroht auch Bestand und Entwicklung der Rechtschuleinrichtungen der Arbeiterschaft. Wir dürfen aber hoffen, daß es gelingen wird, etwaige schädliche Folgen wieder auszugleichen und der gehemmten Entwicklung eine Periode neuen Fortschritts und Ausbaus des bestehenden folgen zu lassen zum Vorteil der arbeitenden und unbemittelten Bevölkerung.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiterversicherung.

Aussprüche der hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen aus der Knapphafits- und Reichsinvalidenversicherung.

Neben den Ansprüchen aus den Militär- und Kriegspensionszetteln haben die hinterbliebenen der Gefallenen auch solche aus der Knapphafits- und Reichsinvalidenversicherung, und zwar:

a) Knapphafitsversicherung. Die Knapphafitspensionszetteln gewähren den Angehörigen der Mitglieder nach Zurücklegung eines gewissen Dienstalters Witwen und Waisenrente. Diese Rente müssen neben der Militär- oder Kriegsrente gezahlt werden. Der Anspruch tritt dann ein, wenn der Gefallene in der Knapphafitspensionszettel ein bestimmtes Dienstalter erreicht hat. Bei dem Aflg. Knapphafitsverein Bochum beträgt es 250 Wochen. Ist also der Gefallene beim Aflg. Knapphafitsverein Bochum 250 Wochen Mitglied gewesen, dann haben seine Frau und Kinder Anspruch auf die Witwen- und Waisenrente. Die Anträge auf Zahlung dieser Rente müssen beim Knapphafitsstellen gestellt werden.

Sollte der Gefallene weder Frau noch Kinder hinterlassen, dann werden auf Antrag die Beiträge, die der Gefallene in die Pensionszettel gezahlt hat, erstatzt. Die Beitragsersetzung ist an keine Alterszeit gebunden, wird also auch vorgenommen, wenn der Gefallene seine 250 Wochen Dienstalter zurückgelegt hatte (§ 107 Abs. 3a der Sabung). Die Anträge auf Erstattung der Beiträge können von der Witwe, von den Kindern, vom Vater oder Mutter des Gefallenen gestellt werden. Der Vater oder die Mutter des Gefallenen kommt aber erst dann in Frage, wenn der Gefallene keine Frau und Kinder hinterläßt. Hinterläßt der Gefallene aber Frau oder Kinder, so gehen diese vor. Frauen oder Kinder können aber nur dann den Antrag auf Erstattung der Beiträge stellen, wenn der Gefallene kein Pensionsrecht (250 Wochen) erreicht hatte. Hat er ein Pensionsrecht erreicht, dann treten die vorgeesehenen Rente in Kraft und hierdurch wird der Erstattungsanspruch auf die geleisteten Beiträge hinfällig. Hinterläßt der Gefallene weder Frau noch Kinder, dann kann der Vater, oder falls dieser nicht vorhanden ist, die Mutter den Antrag auf Erstattung der Beiträge stellen. In diesem Falle ist es ganz gleichgültig, welches Dienstalter der Gefallene in den Pensionszettel erreicht hatte. Geschwister haben kein Erstattungsanspruchrecht.

b) Reichsinvalidenversicherung. Nach § 1258 der Reichsversicherungsordnung haben die hinterbliebenen des Gefallenen, falls er verheiratet war, Anspruch auf eventuelle Witwenrente und die Kinder unter 15 Jahren auf Waisenrente. Der Anspruch tritt aber erst dann in Kraft, wenn der Gefallene 200 Wochenbeiträge zur Reichsinvalidenversicherung gezahlt hat. Hat der Gefallene 200 Wochenbeiträge gezahlt, dann hat die hinterlassene Witwe aber nur dann Anspruch auf die Reichsinvalidenrente, wenn sie selbst invalide im Sinne des Gesetzes ist. Dieser Fall wird wohl selten vorkommen. Ist aber auch siekt die Witwe noch nicht arbeitsfähig im Sinne des Gesetzes, aber sie wird es später, wenn auch nach Jahren, so hat sie dennoch Anspruch auf Waisenrente. Anspruch auf Witwenrente haben nur die ehemaligen Kinder des Gefallenen (§ 1259). Die Renten beginnen mit dem Todestag des Gefallenen. Nun wird der Fall nicht selten vorkommen, wo auch die Ehefrau des Gefallenen selbst verzerrt ist oder war und Anspruch auf Reichsinvalidenversicherung dadurch erworben hat, daß sie selbst 200 Wochen „geliert“ hat. Viele Frauen waren vor ihrer Verheiratung als Dienstmädchen usw. beschäftigt. Diese mußten eine „Klebefarbe“ haben und auch Beiträge entrichten. Haben nur diese Frauen selbst 200 Wochen „geliert“ und ihre Versicherung nicht verfallen lassen, so steht diesen Frauen von Gefallenen Anspruch auf Zahlung des Witwengeldes zu (§ 1252). Das Witwengeld wird beim Tode des Mannes fällig und der Anspruch verjährt, wenn der Antrag auf Zahlung des Witwengeldes nicht innerhalb eines Jahres gestellt werden, von Tage ab gerechnet, wo das Kind 15 Jahre alt geworden ist. Die Höhe der Witwenaussteuer erreicht den höchsten Betrag der monatlich bezogenen Witrentente (§ 1296).

Mitbernd steht den Kindern von Gefallenen, wo die Mutter selbst verzerrt ist und 200 Wochenbeiträge beim Tode des Vaters gezahlt hatte, neben der Waisenrente noch Waisenaussteuer zu. Die Waisenaussteuer wird dann fällig, wenn das Kind 15 Jahre alt wird; der Antrag auf Zahlung der Waisenaussteuer muss ebenfalls innerhalb eines Jahres gestellt werden, von Tage ab gerechnet, wo das Kind 15 Jahre alt geworden ist. Die Höhe der Waisenaussteuer erreicht den höchsten Betrag der monatlich bezogenen Witrentente (§ 1296).

Die Anträge auf Zahlung des Witwengeldes oder der Waisenaussteuer können durch den Knapphafitsstellen oder durch die Versicherungsämter und Polizeibehörden gestellt werden. Gut wird es aber auch sein, wenn man sich an das zuständige Arbeiterssekretariat wendet.

Wie aus vorstehendem hervorgeht, sind die Rechte der hinterbliebenen vielseitiger Natur. Viele Frauen werden über die ihnen zustehenden Rechte im Unklaren sein, sie nicht einmal kennen. Das gilt insbesondere von der Reichsinvalidenversicherung. Im Vorstehenden sind die Rechte keineswegs erschöpfend benannt, sondern nur das bedeckt, was wichtig ist für die Frauen ist, wenn sie ihre Versicherung nicht fallen lassen, sondern hochhalten. Wenn wir nachgewiesen haben, welche Ansprüche auf Witwengeld (nicht Renten) und Waisengeld (nicht Renten) nur dann, wenn die Witwe zur Zeit des Todes ihres Mannes selbst verzerrt war oder die Rente des Mannes 200 Wochen „geliert“ hatte. Eine Versicherung verfällt, wenn man die Klebefarbe nicht innerhalb zwei Jahren, vom Abstellungstage ab gerechnet, umtauscht. Ferner, wenn man — falls man nicht mehr versicherungspflichtig ist — die Versicherung nicht freiwillig fortsetzt. Die Versicherung setzt man freiwillig fort, wenn man zunächst 1. die Klebefarbe nicht länger wie zwei Jahre als werden lädt und 2. innerhalb zweier Jahren mindestens 20 Wochen lebt. Welche Wochen man lebt, ist gleichgültig. Man kann also die niedrigste Rohnklasse nehmen, für die man 16 Pf. entrichtet. Also dadurch, daß man alle zwei Jahre für 3,20 Pf. Wochen lebt, kann man die oben genannten Rechte erwerben und behalten. Ph. H.

gierungsvorlage aussprechen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erschien die Abgeordnete Haase:

Die sozialdemokratische Fraktion sieht auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August, dessen tiefer Ursache die ökonomischen Interessenkonflikte blieben, haben wir bis zum heutigen Augenblick belämpft. Noch sind aber die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen. Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten neuen Kredite. In dankbarem Teilnahme gebeten wir aller tapferen Männer des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben, und aller, die unter ungünstigen Entscheidungen und Mühen in Dienste des Vaterlandes stehen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Schon am 4. August haben wir in Übereinstimmung mit den Internationalen den Grundkredit verabschiedet, daß jedes Volk das Recht auf Selbständigkeit habe, und es ist unsere unverbindliche Überzeugung, daß eine geistige Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, die Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutreten und damit den Frieden zu neuen Kriegen zu legen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht." (Beifall bei den Soz.) Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rücksichtslose Kreise unter dem Mantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Krieg gegen die anderen Völker zu erregen suchen und dabei jede Müdigkeit auf Wahrheit und Würde zu legen. (Sehr mehr! bei den Soz.) Solange der Krieg sich hingezieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geplagten Leiden und Nöte zu lindern für alle, die im Kriege ihre Gesundheit verloren haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, reichlich zu jagen für die vom Feinde aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitslosigkeit und Hilfe für die erwerbslos und arbeitslos gewordenen Volksgenossen zu schaffen, sowie jede Hilfsleistung zu gewähren, die erforderlich ist, um unsere Volkskraft zu erhalten, und die Versorgung des Volkes mit Nahrungs- und Gebrauchsgegenständen zu organisieren. Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gekommen, doch muß nach unserer Überzeugung auf all diesen Gebieten noch mehr geschaffen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir erwarten aber von der Reichsregierung auch Vertrauen zu unserem Volke, das im Kampfe für das befreite Vaterland einmütig zusammensteht. Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrecht erhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) und ist geeignet, Zweifel an der Wehr- und Entscheidlichkeit des deutschen Volkes zu erwecken. Die Handhabung der Censur führt fortwährend zu Mißgriffen und willkürlichen Schädigungen. Wir fordern schneidende Strafen gerade im Interesse geschlossener Verbündung und des Anteils und der Wohlfahrt des deutschen Reiches. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Darauf wurde die Regierungsvorlage angenommen. Dagegen stimmte nur der Abgeordnete Liebnecht. Diese Haltung Liebnechts bezeichnet der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einer öffentlichen Erklärung als einen schändlichen Disziplinbruch, mit dem sich die ausständige Instanz noch beschäftigen würde. Das Verhalten Liebnechts ist um so weniger gutzuheißen, weil auch er im Reichstag am 4. August für die Kriegskredite gestimmt hat. Seitdem ist über die Kriegsbedrohung Deutschlands nicht geringer, sondern durch das Eingreifen von England, Japan, Portugal größer geworden. Die Bedrohung der Unabhängigkeit Deutschlands bewog am 4. August die sozialdemokratische Fraktion, trotz ihrer bekannten Kriegsfeindschaft der Regierung die Kriegskredite zu bewilligen. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion führen nicht wenige Männer, die schon einen Menschenalter gewerkschaftlich und parteipolitisch für die Rechte der Arbeiterschaft schwer gekämpft und gesiegt haben. Nun sollte vielleicht erprobt kämpfen, ob im Endschluss kommen, sich in dieser unabschöpfbaren Zeit nicht abschließen von den übrigen Volksgenossen stellen zu können, da hätte auch der Abgeordnete Liebnecht Solidarität über müssen.

Welches Interesse hat die deutsche Arbeiterschaft an einem deutschen Sieg?

Diese viel erwartete Frage behandelt im „Völksblatt für Anhalt“ (vom 2. Dezember) der vielen unserer Kameraden auch persönlich bekannte sozialistische Landtagsabgeordnete Konrad Hanisch. Die Bergarbeiter-Zeitung hat bekanntlich mit K. Hanisch schon manchen Streit wegen gewerkschaftlicher Meinungsverschiedenheiten ausgefochten, nicht selten trennten sich unsere Klingen sehr heftig. Hanisch gehört zu dem radikalsten Flügel der sozialdemokratischen Partei und untersucht nun vom Standpunkt eines radikalen Marxist, wie sich die deutsche Sozialdemokratie in dem gegenwärtigen Kriege zu verhalten habe. Er billigt rücksichtslos die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August und erläutert, wer sich (wie Liebnecht, Rosa Luxemburg und ihr übrigens ganz verschwindend geringer Anteil) anders verhält, „der denkt nicht in Marx istisch, sondern utopisch!“ Für die Gewerkschaften besonders beachtenswert ist, was K. Hanisch in folgenden Sätzen über die „sozialen Gegenwartsinteressen des deutschen Proletariats“ schreibt:

„Noch dringender lohnungsvoll als die politischen fordern die sozialen Gegenwartsinteressen des deutschen Proletariats den Sieg der deutschen Waffen. Man stellt sich nur den Stützen der hochindustriellem Provinzen des Westens auf der einen Seite und Oberschlesiens auf der anderen Seite vor, falls es unseren Brüdern im Felde nicht gelänge, vor diesen Gebieten die Schrecken einer feindlichen Invasion fernzuhalten! Wollen unsere lieben Genossen „von der andern Halbstät“ wirklich im Ernst beobachten, es sei „nicht unsere Sache“, alles daran zu setzen, solche Schrecken diesen Provinzen zu ersparen? Es sind in erster Linie proletarische Interessen, die da auf dem Spiel stehen! Und stellen sich unsere Freunde denn nicht vor, was es für die deutschen Arbeiter bedeuten würde, wenn im Falle eines unglücklichen Krieges große hochindustriellem Provinzen mit unentbehrlichen Rohstoffen (Oberschlesien) in West und Ost dem deutschen Wirtschaftsorganismus entzerrt würden? Denken sie nicht daran, was es für das deutsche Proletariat bedeuten müßte, wenn auf seine Schultern zu allem anderen noch viele Dutzende Millarden von Kriegsschädigung gemäßigt werden würden? Wenn dem Reich ungünstige Handelsverträge aufgezwungen werden könnten? Wenn Deutschlands Außenhandel und seine Schiffahrt so gefährdet werden würden, daß sie viele Jahrzehnte brauchten, um sich wieder zu erholen? Nein: so wenig wir diesen Krieg gewollt haben, so sehr sind wir im wirtschaftlichen Interesse der deutschen Arbeiterschaft daran interessiert, daß er, nachdem er einmal da ist, zu Deutschlands Gunsten entschieden wird! Die deutsche Arbeiterschaft hat schließlich ein Lebensinteresse daran, daß der Vernichtungskrieg, den besonders der englische Kapitalismus gegen die deutsche Industrie und den deutschen Handel führt, endet in sich zusammenbricht! Zu diesem Sinne müssen wir sagen: unsere Sache ist es, um die dort am Werktag, in den Schiebengräben vor Feinds und auf Polens Schlachtfeldern gerungen wird!“

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zweite Kriegstagung des Reichstages.

Abermals 5000 Millionen Mark Kriegskredite

hat der deutsche Reichstag am 2. Dezember bewilligt. Der Reichskanzler, Herr v. Bethmann-Hollweg, bestritt in einer großen Rede die Kriegslage und betonte unter starkem Beifall der Partei die Richtigkeit weiterer opferreicher Landesverteidigung, die bisher mit gutem Erfolg für Deutschland geschehen sei. Der Redner schilderte den längst, namentlich von der britischen Regierung (die der Reichskanzler als Hauptverantwortliche für den Weltkrieg bezeichnete) heimlich vorbereiteten Aufmarsch der Feinde Deutschlands und schloß mit der Versicherung, wir würden durchhalten, bis ein Friede geschafft sei, der die Freiheit und Entfaltung des deutschen Volkes von 515 Kronen. Der Gesamtwert der Nebenproduktion betrug daher 18 392 657 Kronen. Von den leichteren Erzeugnissen gesangten zur Ausfahrt: 9 308 291 Meterzentner Rols und Rolsköpfen, 10 000 Meterzentner Steinkohlenbrüts, 138 164 Meterzentner Ammoniumnitrat und 545 Meterzentner Benzolpech im Wert von 17 810 Kronen; 98 627 954 Meterzentner Ammoniumsulfat im Wert von 2 010 267 Kronen; 2 022 500 Meterzentner Steinkohlenpech im Wert von 17 768 817 Kronen erzeugt. Die hierzu verwendete Steinkohlenmenge betrug 1 810 602 Meterzentner im Wert von 1 766 658 Kronen. Beschäftigt waren bei der Brüterzeugung 81 Arbeiter. Als Nebenproduktion in den Koforten Mährens und Schlesiens wurden dann noch gewonnen: 4594 Meterzentner Ammoniumwasser im Wert von 5512 Kronen; 320 764 Meterzentner Ammoniumsulfat im Wert von 9 499 437 Kronen; 923 955 Meterzentner Steinkohlenpech und -Rols im Wert von 2 066 796 Kronen; 3297 Meterzentner Naphtalin und Naphtalin im Wert von 17 810 Kronen; 98 525 Meterzentner Naphtalin im Wert von 1 198 426 Kronen; 1593 Meterzentner Benzolpech im Wert von 515 Kronen. Der Gesamtwert der Nebenproduktion betrug daher 18 392 657 Kronen. Von den leichteren Erzeugnissen gesangten zur Ausfahrt: 9 308 291 Meterzentner Rols und Rolsköpfen, 10 000 Meterzentner Steinkohlenbrüts, 138 164 Meterzentner Ammoniumnitrat und 545 Meterzentner Benzol.

Wenn ein ruhmvoller, ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir Geist seltener Einigkeit hochhalten als das heiligste Vermächtnis aus dieser furchtbaren ersten und großen Kriege (Beifall). Wie vor einer Zaubermauer sind die Schranken niedergefallen, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Widerstand, in Misstrauen und in Misstrauen. Es ist wie eine Erhebung und wie eine Begliederung, daß einmal dieser ganze Wust des Unrats weggesetzt worden ist, daß nun auch der Mann gilt, einer dem anderen gleich, einer dem andern die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel. (Lebhafte Beifall.) Ich brauche noch einmal die Worte, die der Kaiser bei Ausbruch des Krieges gesprochen hat: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederleben, denn ohne Parteien und ohne politischen Kampf gibt es kein politisches Leben. Aber, meine Herren, kämpfen wollen wir dafür — und ich an meinem Teil verspreche Ihnen, es zu tun — kämpfen wollen wir dafür, daß es in diesem Kampf nur mehr Deutsche geben darf. Diese Gewissheit wollen wir als ein heiliges Erbteil aus dieser großen Zeit mit herüber nehmen. (Zustimmung.)

Der Reder folgte stürmischer Beifall und Handclatschen (sonst im Reichstag nicht üblich), an dem sich auch die Tribünen beteiligten. Die Bürgerlichen Parteien ließen durch den Abgeordneten Spahn ihr Einverständnis mit der Reichskanzlersrede und der Regierungsvorlage aussprechen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erschien die Abgeordnete Haase:

Internationale Rundschau.

„Das Heimt liegt uns näher als der Tod“

schrieb das Organ des niederländischen Bergarbeiterverbandes in einer Erörterung der Frage, wie sich die Arbeiter eines Landes im Kriege zu verhalten hätten. Die Holländischen Arbeiter heften brüderliche Sympathie für ihre ausländischen Arbeitsbrüder, wünschten aber auch nicht, daß ein kriegerischer Feind in Holland eindringe. Dagegen würden sich die Holländischen Arbeiter mit den übrigen Landeskundwohner energisch zur Wehr setzen.

verbunden, mangelndes Gefühl für die internationalen Aufgaben des Sozialstaats vorzuwerfen, recht beweisenswert. Das Zentralorgan der sozialistischen Arbeiterschaft Österreichs, die "Wiener Arbeiter-Zeitung", nimmt eine Haltung ein, mit der nur Interessen an einer deutschen und österreichisch-ungarischen Arbeiterschaft unzufrieden sein können.

Erlöge führen der ausländischen Sozialisten

lassen sich leider vom Kriegsrausch verleiten, gegen einen schnellen Frieden zu schreiben und zu sprechen, wünschen sogar die Erweiterung des schauerlichen Kriegsschauplatzes. Der englische Sozialist Hyndman und der französische Sozialist Jules Guesde, jetzt Minister, haben an die italienischen Sozialisten eine Auflösung gerichtet, ihre Regierung zu einer Kriegserklärung gegen das Barbarothenland Wilhelms II. zu raten. Der italienische Sozialist Professor Mussolini, Abgeordneter des Zentralorgans "Avanti", arbeitet ebenfalls für einen Krieg gegen Deutschland. Er ist deswegen prompt aus der sozialistischen Partei, die Italiens Neutralität verlangt, geworfen worden. Sehr erfreulich! Dass Männer wie Hyndman und Guesde, die sich auf den internationalen Sozialistenkongressen gar nicht scharf genug gegen den Weltkrieg aussprechen konnten, sich nun entgegengekehrt verhalten, ist sehr traurig, beweist aber wieder, wie verheerend der entfesselte Krieg wirkt. Zum Glück gibt es in England, Frankreich und Italien mehr anerkannte Arbeiterschäfer, die dem Schießen der Krieger entschieden widersprechen. Nun der Krieg da ist, haben die Arbeiter aller beteiligten Länder "Solidarität mit ihrem eigenen Lande" zu über, wie der schwedische Sozialistenführer Karl Marx Branting sehr richtig sagt. Aber alles, was zur Vergrößerung des Kriegselsends und zur Verhinderung eines baldigen Friedensschlusses in Ehren beiträgt, haben vor allen Dingen die Arbeiterschäfer zu vermeiden. Wir können ehrlicherweise feststellen, dass in Deutschland gewerkschaftlicher und sozialistischer Arbeiterschäfer über diese von der selbstverständlichen Volksolidarität und der Menschlichkeit gebotene Linie hinausgeht. Unsere österreichischen und ungarischen Freunde tun dasselbe.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

"Sehr Rabbod, uns wird berichtet: Die Reparaturhauer der Nachtschicht beschweren sich darüber, dass die Berechnungen der Schichten ihrer Lohn nach nicht richtig vorgenommen werden, indem die versuchten Schichten auf den folgenden Tag verrechnet werden und nicht, wie allgemein üblich, auf den Tag, an welchem die Anfahrt zur Schicht erfolgt; sie vertreten die Ansicht, dass ihnen sonach im Monat stets eine Schicht fehlt, welche zwar von der Bezahlung nicht einbehalten wird, indes erst zur Fazahlung gelangt, wenn das Bergbausmitglied in die Tageschicht verlegt wird oder aufsteht. Daum wird es aber empfinden, dass bei Anfang des Krieges die Schichtlöhne bis zu 50 Pf. in einigen Fällen sogar bis zu 80 Pf. gefürzt werden sind. Beobachter sind die Bergbausmitglieder hierüber, heißt es: „Ihr kommt ja läudigen, wenn euch dieses nicht paßt!“ Die Kameraden sind der Ansicht, dass bei den augenscheinlich teuren Preisen und der guten Konjunktur es sehr wohl möglich sein würde, die Fürgung der Löhne wieder rückgängig zu machen. Es wird den Arbeitern, welche sich zum Kriegsdienst zu melden haben, der Rat erteilt, eine Reklamation einzurichten und einen Schein beizubringen, aus welchem ersichtlich ist, dass sie wegen ihrer Tätigkeit als Bergmann unabhängig seien. Dieses entspricht ja auch den Erfahrungen, da auch von Zeche Rabbod ein großer Teil gelernter und bei der Kohlenförderung direkt beschäftigter Arbeiter zum Kriegsdienst eingezogen worden sind, an deren Stelle eine Anzahl ungelernte Arbeiter eingestellt werden mussten. Wenn die Bezahlung nun Gewicht darauf legt, gelernte Arbeiter zu halten, mög sie denselben auch in bezug auf Lohn ein höheres Entgegenkommen zeigen. Weitere empfinden es die Familienbäder, welche in der Nachtschicht beschäftigt werden, schwer, dass die Reparaturhauer jede Woche sieben Schichten verfahren können, während sie jeden Samstagabend feiern und am Sonntagabend ausziehen müssen, um sechs Schichten zu erhalten. Damit scheint es noch immer an Lampen zu fehlen; kommt die Nachtschicht Sonntag abend zur Empfangnahme der Lampen für Lampenstube, sind diese meistens nicht da. Hierdurch entsteht ein Gedränge, wobei Differenzen zwischen den Bergleuten und den Leuten in der Lampenstube entstehen. Dieses kann vermieden werden, wenn genügend Lampen vorhanden sind.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Kriegslage.

Die von dem als Volksmann bewährten Pfarrer a. D. Lic. Krauß-Dortmund herausgegebene Wochenzeitung "Christliche Freiheit" bringt folgendes kleine und doch so vielsagende Gedicht:

Sein Pferd.

Ein brennendes Dorf, zerstörtes Horn,
Und Trümmer der Schlacht.
Ein toter Reiter, die Wunden vorn,
Sein Pferd hält Wacht.
Stampft manchmal die Erde und wichert schrill
Wie Hörner.
Und schaut auf den Herrn, der liegt so still
Vor seinem Fuß.
Dann hebt es den Kopf und schaut umher
Auf dem öden Plan:
Verstand die Menschen, doch die nicht mehr,
Die das getan!

Julius Haupt.

Ein unzeitgemäßes Gedicht.

Zum "Türmer", einer ziemlich konservativen Zeitschrift, auch in anderen nichts weniger als "umstürzlerisch" Blättern, ist die Hoffnung ausgesprochen worden, nach dem Kriege würden sich die innerpolitischen Kämpfe weniger schroff als früher abspielen. Ramentlich durch die großartige Opferwilligkeit der Arbeiter nicht vergeben werden. Es ist nicht zu leugnen, dass diese Hoffnung in jene weiten Kreisen der Arbeiterschaft gereicht wird. Es gibt ja so vielerlei soziale Beschwerden, deren Abstellung keineswegs den "Bestand des Reiches" bedrohen, vielmehr das Vaterlandsgefüge der bestehenden Volkszüchtungen verstärken würde. Dazu rechnen wir auch, um einen Fall herauszuziehen, eine von dem Geiste des gegenseitigen Vertrauens getragene Reform des Wohnungsmietvertrages. Uns wird die Abschrift einer "Erklärung" zugezeigt, deren Wortlaut wir folgen lassen:

"In die Rheinischen Staatswerke, Abteilung Zeche Zentrum, zu Wattenscheid.

Die mir offizielle Wohnung ... Straße ... Nr. ..., befindet aus ... Zimmer, Stiel und Keller (wohl), miete ich hiermit zu einem Mietzins von ... Mark pro Monat, vom ... beginnend, auf unbestimmte Zeit, und verpflichte mich, den Mietzins monatlich zu zahlen.

Ferner verpflichte ich mich, die mir bekannten und in einem Exemplar bekräftigten Mietbestimmungen und Hausratordnung für die Wohnungen der Gesellschaft (Zeche Zentrum) genau zu beachten und zu befolgen.

Auch erkläre ich mich damit einverstanden, dass der Mietzins und Vorlagen von meinem Guthaben bei der Gesellschaft (Zeche Zentrum) einbehalten werden können.

Die Bedingung, diese Wohnung mit dem Tage zu räumen, an welchem ich aus der Arbeit oder dem Dienst der Gesellschaft (Zeche Zentrum) ausscheide, akzeptiere ich ebenfalls, behalte mir aber für andere Fälle eine 14-tägige Rübungsdistanz vor, welche ebenso die Beauftragung zu jeder Zeit mir gegenüber zu stehen soll. Ferner verpflichte ich mich, weder eine sozialdemokratische Zeitung zu halten, noch in meiner Wohnung zu dulden.

Wattenscheid, den 1914."

Mit meinen, heute, wo jedermann weit über eine Million Sozialdemokratie Mitglieder freier Gewerkschaften als Krieger des deutschen Reichsgebiets verteidigen müsste, man gerechterweise allzeitig mit der Versammlung der Sozialdemokraten Schluss machen. Die

Arbeits- und Marktreverwaltung ist in ihren Betrieben mit gutem Beispiel vorangegangen. Wann wollen die Beobachterverwaltungen diesem ähnlichen Muster folgen und die Verfolgung der Arbeiterpresse einstellen? War nicht zu reden von der Entwickelung, die von dem Wohnungsmieter durch die Unterzeichnung einer "Erklärung", wie die oben abgedruckte, verlangt wird. Wann soll dieses Schriftstück aus, wie die Arbeiter hoffen, vergangener Zeit, mit ähnlichen Ergebnissen in die Rumpftanne verschwinden?

Eine deutsche Kranenkasse in Belgien.

In Namur ist eine deutsche Kranenkasse als Zweigstelle der Düsseldorfer Ortskranenkasse errichtet worden. Die Weiterverteilung der ersten Festigungswerte war nämlich von einer Düsseldorfer Firma übernommen worden, die dabei ausschließlich deutsche Arbeiter beschäftigt, die natürlich der Kranenkasseverpflichtung unterliegen.

Worum keine Arbeitsgemeinschaft im Bergbau?

Diese Frage erörterten wir in Nr. 48 der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 14. November und fanden zu dem Schluss, dass es nicht nur recht und billig, sondern ein Gebot der Klugheit gewesen sei, wenn die Beobachter mit den Organisationen der Arbeiter eine Verständigung gesucht hätten, um die Aufgaben, die den Bergarbeitern und dem Bergbau durch den Krieg gestellt sind, zu erleichtern und sicher zu stellen. Vor allen Dingen hätte eine Verständigung erzielt werden müssen über Lohn, Arbeitszeit, Unterstützung der Familien der im Felde stehenden Bergarbeiter, Beschaffung und Verschiebung von Arbeitern, wie es die Umstände erfordern usw. Wenn der Krieg den Zweck für die Notwendigkeit des organischen Zusammenschlusses in anderen Berufen gebracht habe, so gelte das erst recht für den Bergbau. Während aber in anderen Berufen die getroffenen Maßnahmen von einer gewaltigen Hebung des Gemeindeschaftsgefüls zeugten, beharrten die Beobachter auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Arbeiterorganisationen. Auch in dieser schweren Zeit hatten sie dennoch gekämpft, ihr Eigentumtheile dem Gefangenentreffen unterzogen. Dazu bemerkte "Der Bergarbeiter", Organ des Gewerbevereins der Bergarbeiter h. d. in Nr. 40 vom 7. Dezember:

"Das ist durchaus zutreffend. Wer tritt aber die Hauptschuld, dass die Beobachter noch immer auf diesem engberigen Standpunkte stehen? In erster Linie doch die Bergarbeiter selbst. In den anderen Berufen, in denen während des Krieges eine Arbeitsgemeinschaft besteht, haben die Arbeiter zum großen Teil den Vorschlag an die Organisation gesunden. Im Bergbau dagegen steht der größte Teil derselben noch der Organisation fern. Dazu kommt ein Teil, der für die dauernde Arbeitsgemeinschaft mit den Beobachtern schwört, nämlich die Selben; dabei haben sie dann „nix zu seggen“. Eine solche Arbeitsgemeinschaft wünschen auch die Beobachter. Aber keine, die sie einengt. Sie wollen freies Spiel haben in der Festsetzung der Arbeitsbedingungen.

In den Bergarbeitern liegt es deshalb in erster Linie, die Beobachter auf einen anderen Standpunkt zu bringen. Auch in den anderen Berufen haben sich die Unternehmer längere Zeit gestrahlt, die Arbeiterorganisationen anzuerennen. Sie haben sie anerkannt, als die Organisationen genügend Macht besaßen. Genau so steht es mit den Beobachtern. Das erkundigte die "Deutsche Bergwerks-Zeitung" nach dem Auseinandersetzung in einem Artikel: "Macht entscheidet" ja ohne weiteres an. Zu erster Linie gilt es deshalb, die Organisation zu stärken. Anstatt dieser Selbstverständlichkeit gibt es jedoch Bergarbeiter, die gerade jetzt den Zeitpunkt zur Fahnenschlag für gekommen erachten. Diesen muss entschieden die Schädlichkeit ihrer Handlungswweise klar gemacht werden. Sie bestärken die Beobachter in ihrem ablehnenden Standpunkte."

Die Beliebtheitsfrage.

Heute scheinen die Beliebtheitswerte, vor allem die Gaswerke, endlich allgemein die Pflichten zu erkennen, die sie auch dem einfachen Manne gegenüber haben. Aus den verschiedenen Städten kommt die Nachricht, dass Automatengas eingeführt wurde und dass die Bedingungen von ihrer oft unsaigen Schärfe verloren haben. So wird die jetzige Petroleumnot in großem Umfang dazu beitragen, dass das Petroleum fernherin aus den Wohnungen des Volkes verbann wird. Und das wird auch Zeit, denn die Petroleumbeleuchtung ist die teuerste Beleuchtung. Gas sowohl wie Elektrizität sind billiger, wenn die Beleuchtungsbedingungen eingeräumt sind. Bis jetzt sind in Deutschland der Zeitschrift für Beleuchtungswesen zufolge noch 21 Millionen Petroleumlampen in Gebrauch, bei der heutigen Entwicklung des Gas- und Elektrizitätswesens eine viel zu hohe Zahl. Sie spiegelt aber recht interessant wieder, wie wenig man für die Annehmlichkeiten auch des einfachen Mannes gesorgt hat.

Leben Krieg und Alkohol

finden wir in einem Vortrage von Dr. Rosenfeld-Breslau, der in der "Medizinischen Klinik" wiedergegeben wird, interessante Angaben. Ein Alkoholverbot ist im Felde nicht gut durchführbar, besonders nicht in Frankreich, das das trunksüchtige Land ist, da in ihm auf den Kopf der Bevölkerung 26 Liter absoluten Alkohol kommen gegen 11 Liter in Deutschland. Aber besser ist es für die Leistungen, wenn sich der Soldat der Alkohols enthält. Experimentell ist bewiesen, dass die Leistungsfähigkeit der Muskulatur während der Alkoholzeit um 20 Prozent schlechter ist, als in der alkoholfreien Zeit. Ferner wird der Herzschlag des Körpers nicht so gut ausgenutzt und die Muskeln arbeiten infolgedessen unrationell. Auch wird das Herz ungünstig beeinflusst, indem die Herzschlagzeit verlängert wird. Die Schiebleistung wird allerdings ganz im Beginn der Alkoholwirkung verbessert, aber auf die Dauer auch verschlechtert. Auch für die Winterkälte ist der Alkohol gefährlich, da die Widerstandsfähigkeit gelähmt wird und der Willen leicht erschafft, so dass Erfrierungen sich ereignen können.

Berbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 50. Woche (vom 6. bis 12. Dezember 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

In letzter Zeit sind bei Beantragung auf Zahlung von Sterbegeld eine Anzahl von Anträgen eingegangen, bei denen entweder die amtliche Sterbenkunde oder die von der Ortsverwaltung auszustellende Todesbescheinigung fehlte. Es wird hiermit nochmals darauf hingewiesen, und zwar nur im Interesse der Mitglieder, dass solche Fälle, wo eines der beiden Unterlagen fehlt, der Antrag so lange liegen bleiben muss, bis die Unterlagen alle beigebracht sind.

Hauptkasse.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Bergkasse. Von 10. bis 31. Dezember.

Herten. Im Monat Dezember.

Leipziger. Vom 6. bis 15. Dezember.

Studenbüch. Vom 18. bis 20. Dezember.

Waltrop. Im Monat Dezember.

Rechtschung betreffend.

Bezirk Bochum. Jeden zweiten und vierter Donnerstag im Monat wird den Mitgliedern des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Rechtschung durch den Arbeiterschreiter Charles Becker erteilt. Die Sprechstunden finden vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr in Diederichshofen, St. Franz, Hellingerstr. 6, zweite Etage, statt.

Für den Unterstützungsfonds

den Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beiträge ein:

a) In bar: 1. Volkmer-Henne 3,60, Zahlstelle Bochum (Bezirk Bochum) 50, Ruhrort-Laat (Bezirk Oberhausen) 20., Neiderich I (Bez. Oberhausen) 23,40, Gie. II (Bez. Bottrop) 2,05, Fritz Küpper (Eisen- und Stahlwaren), Bochum, Hellingerstr. 23, 10. — Pf.

b) In bar auf Sammellisten: Bezirk Oberschlesien: Liste Nr. 1866: 1,50, Nr. 1872: 2,85, Nr. 1879: 1,50, Nr. 1884: 1,50, Nr. 1885: 3,80, Nr. 1890: 5,20, Nr. 1404: 8,50, Nr. 1408: 2,— Nr. 1410: 8,10 Mr. 1263: 22,25, Nr. 1888: 10,15, Nr. 1920: 10,— Nr. 1884: 9,— Nr. 1885: 5,80, Nr. 1886: 4,20, Nr. 1272: 7,80, Nr. 1924: 10,80, Nr. 1825: 8,80, Nr. 1826: 21,80, Nr. 1919: 6,50, Nr. 1920: 15,— Nr. 1818: 9,30, Nr. 1814: 11,55, Nr. 1915: 17,40, Nr. 1268: 19,40, Nr. 1254: 21,85 Wif. Bezirk Melle: Liste Nr. 458: 17,60, Nr. 456: 8,50, Nr. 457: 8,— Nr. 481: 0,20, Nr. 467: 10,20, Nr. 468: 5,65, Nr. 468: 8,90, Nr. 449: 15,10, Nr. 488: 1,50, Nr. 440: 21,— Nr. 441: 5,— Nr. 459: 4,50 Wif. Bezirk Linden: Zahlstelle Bredenbach, Liste Nr. 809: 42,— Holthausen, Nr. 829: 29,50, Nr. 871: 10,50, Esborn, Nr. 818: 36,50, Haslinghausen, Nr. 819: 8,75, Ober-Eppendorf, Nr. 848: 27,20, Nieder-Eppendorf, Nr. 851: 91,60, Nr. 852: 88,— Vornholz-Dürkholz, Nr. 853: 85,— Nr. 854: 24,50, Nr. 855: 11,20 Wing-Waal, Nr. 862: 4,70, Nr. 863: 1,50, Nr. 861 (verloren): 2,— Witten, Nr. 864: 11,— Nr. 865: 2,— Nr. 866: 3,— Nr. 867: 2,— Nr. 868: 8,85, Nr. 869: 14,— Horwege, Nr. 871: 17,50, Nr. 872: 27,20, Dahlhausen I, Nr. 812: 9,50, Nr. 818: 22,50, Ortskasse Dahlhausen I: 10,— Wif. Hermes für den Bezirk Recklinghausen a. conto 70,— Wif. Graf, Liste Nr. 836: 9,20, Nr. 852: 18,40, Nr. 853: 9,50 Wif. Hausmann, Liste Nr. 242: 6,50, Nr. 243: 31,20, Nr. 244: 12,40 Wif. Sieglar, Liste Nr. 550: 1,30, Nr. 553: 6,— Nr. 556: 19,70, Nr. 558: 40,50, Nr. 559: 1,— Nr. 560: 22,50, Nr. 561: 7,75, Nr. 562: 14,40 Wif.

c) Freiwillige Beiträge von Knapp'schaftsältesten:

d) Für Festarten: Graf für Stoppenberg 0,80, Bergedorf 18,20 Wif.

Verfügung. Die in Nr. 48 unserer Zeitung veröffentlichten Beiträge auf folgende Listen: Nr. 727, 728, 733, 734, 743, 757, 758, 745 und 747 wurden nicht vom Bezirk Eichlinghofen, sondern Oberhausen eingesandt. — Zu Nr. 48 muss es unter Eichlinghofen heißen: Liste Nr. 271: 48,70 Wif. und nicht Liste Nr. 171.

Hauptklasse.

Sterbetafel

Im Monat November sind folgende Mitglieder gestorben:

Johann Wozniak, Winz-Waal.

Rosek Neklowitz, Mosth.

Johann Moritz, Horst-Mitscher.

Friedrich Wiesbarth, Eichholz.